

nie begangen, die Staatspräsident und KPCh-Generalsekretär Jiang Zemin in den Reihen der versammelten Partei- und Staatsführung Gelegenheit zu einem symbolträchtigen politischen Auftritt gab.

Zu diesem Zweck war im Westen des Beijinger Stadtzentrums (am Südufer des Yuyuantan) ein sogenannter „Jahrhundert-Altar Chinas“ errichtet worden. Der „Altar“, für dessen Bau etwa eine halbe Mrd. Yuan ausgegeben worden sein soll, empfindet die Architektur des berühmten Himmels-tempels im Süden der Stadt nach und knüpft so an die Symbolik jahreszeitlicher Riten der chinesischen Kaiserhäuser an (RMRB, 1.1.2000; SCMP, 12.12.99).

In seiner zehnmütigen Neujahrsansprache, die Jiang Zemin von der höchsten Plattform des „Jahrhundert-Altars“ aus an die Bevölkerung richtete, griff er die historische Symbolik auf. Um einen Eindruck des imperialen Pathos zu gewinnen, seien hier nur die Eingangsworte der Rede übersetzt:

„Der Glockenschlag, der nunmehr das Jahr 2000 einläuten wird, wird durch den grenzenlosen Himmel unseres Planeten hallen. Die menschliche Zivilisation wird in ein neues Jahrhundert eintreten und ein neues Jahrtausend eröffnen. Heute Nacht sind die Völker aller Länder dieser Erde, sei es im Osten oder Westen, im Süden oder Norden, gleich welcher Nationalität und welchen Glaubens, voller Freude und Jubel über das Eintreffen dieses historischen Momentes“ (RMRB, 1.1.2000).

Getreu der Millenniums-Symbolik holte Jiang daran anschließend weit in die nationale Geschichte hinein aus, indem er die großen Veränderungen skizzierte, die China im zurückliegenden Jahrtausend erfahren hätte. In groben Zügen zusammengefaßt, hätte das Land vor tausend Jahren und noch bis ins 15. Jahrhundert als Zentrum einer ruhmvollen Zivilisation gegolten, um dann allmählich hinter anderen Nationen zurückzufallen und in die Stagnation einer halbkolonialen und halbfeudalen Gesellschaft zu versinken. Erst die Kommunistische Partei Chinas habe das Land wieder aus seiner Rückständigkeit und der Unterdrückung durch andere Nationen befreit. Nun schicke sie sich an, China einer strahlenden Zukunft im kom-

menden Jahrtausend zuzuführen. Innerhalb einer neuen, multipolaren internationalen Ordnung werde China, verjüngt durch eine vollständige Wiedervereinigung des Landes, als reiche, starke, demokratische und zivilisierte moderne sozialistische Nation den ihr zustehenden Platz einnehmen.

Jiang setzte damit den rhetorischen Pathos fort, der die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober geprägt hatte. Bei einigen patriotisch gestimmten Gruppen der Bevölkerung dürfte dieser Pathos durchaus auf Resonanz stoßen. Vor allem aber scheint der Auftritt Teil der Anstrengungen der staatlichen Führung zu sein, Jiang Zemin's Autorität als höchste Führungsfigur innerhalb der Partei- und Regierungshierarchie zu konsolidieren (vgl. C.a., 1999/10, Ü 5).

Offizielle Vertreter Chinas waren sich bis in den Dezember hinein nicht einig geworden, zu welchem Datum der Jahrhundert- bzw. Jahrtausendwechsel zu begehen sei. Vor dem Hintergrund der atheistischen Tradition des sozialistischen Staates hatten zahlreiche Stimmen die „religiöse“ Zählung abgelehnt, die den Beginn des Jahres 2000 im Zusammenhang der Geburt Jesu Christi als Beginn eines neuen Jahrtausends markiere. Mehrheitlich forderten sie, der „wissenschaftlichen“, mathematisch korrekten Zählung zu folgen, wonach das neue Jahrtausend erst mit dem Jahr 2001 beginnt. Dieser „wissenschaftlichen“ Variante folgend, wird ein großes Projekt zum Bau der „Millennium-Kuppel Chinas“ in der Hauptstadt erst zum Ende des Jahres 2000 fertiggestellt sein (SCMP, 12.12.99). Offenbar fiel es der staatlichen Führung aber dennoch schwer, sich der internationalen Wirkung der „runden Zahl“ zu entziehen. -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

17 Schwerpunktprojekte in Grundlagenforschung

Das Wissenschaftsministerium hat im Dezember 1999 grünes Licht für die

Finanzierung von 41 Schwerpunktprojekten in der Grundlagenforschung gegeben. Diese Projekte waren in dem im Jahre 1998 aufgestellten „Nationalen Plan für die Entwicklung von Schwerpunktprojekten in der Grundlagenforschung“ vorgeschlagen worden. Nachdem im Jahre 1998 bereits 15 Projekte des Plans für die staatliche Förderung ausgewählt worden waren, sind 1999 insgesamt 41 Projekte nach erfolgreicher Begutachtung in die staatliche Förderung aufgenommen worden. Zentrale Aufgaben der Schwerpunktprojekte (und damit u.a. Kriterium für die Auswahl) sind

1. die multi- und interdisziplinäre Erforschung wichtiger wissenschaftlicher Probleme und die Erarbeitung theoretischer und wissenschaftlicher Grundlagen zur Lösung dieser Probleme;
2. der Aufbau einer Reihe von wichtigen wissenschaftlichen Projekten, die international eine bestimmte Stellung haben und auf die chinesische Wirtschaft und Gesellschaft langfristigen Einfluß ausüben können;
3. die Etablierung wichtiger und innovativer Grundlagenforschung;
4. die Ausbildung hervorragender Fachleute.

Unter den 41 Projekten sind fünf agrarwissenschaftliche Projekte, z.B. Züchtung von Hohertragssorten landwirtschaftlicher Produkte und solcher Sorten, die in hohem Maße Feuchtigkeit und Nährstoffe absorbieren, oder Erforschung der Probleme bei Nutztierkrankheiten und Krankheiten bei Aquakulturen. Im Energiebereich soll Grundlagenforschung hinsichtlich Umweltverschmutzung durch Verbrennen von Kohle und Umwandlung von Kohle durchgeführt werden, auf dem Gebiet der Informatik u.a. in bezug auf die Handhabung großer Datenmengen und Großrechner für wissenschaftliche Zwecke. Weitere Projekte betreffen Bevölkerung und Gesundheitswesen (Seuchen und andere übertragbare Krankheiten, chinesische Pharmazie).

Wie es weiter heißt, liegen die Kontrolle über die Durchführung der Projekte, die Auswahl der Projekte und ihre Finanzierung in einer Hand, d.h. in diesem Falle beim Wissenschafts-

ministerium, das die Projekte durch Fachgutachter begutachten läßt. Außerdem wird ein Verantwortlichkeitssystem praktiziert, bei dem das Projekt unter der verantwortlichen Leitung eines Wissenschaftlers durchgeführt wird. Die Kontrolle erfolgt nach dem „2+3“-Prinzip, d.h. nach zwei Jahren Laufzeit findet eine Zwischenüberprüfung statt, von deren Ergebnis es abhängt, ob das Projekt für weitere drei Jahre finanziert wird. Bei der Zwischenüberprüfung wird u.U. auch entschieden, ob ein Projekt zusätzliche Mittel erhält, z.B. wenn Aussicht auf einen Durchbruch in der Forschung besteht. (GMRB, 10.12.99, S.2) Für die gesamten Projekte des „Nationalen Plans“ stehen für fünf Jahre 2,5 Mrd. Yuan zur Verfügung (XNA, 10.12.99).

Die Art der Projekte macht deutlich, daß als Grundlagenforschung deklarierte Forschung in China recht anwendungsbezogen ist. Gefördert werden vor allem solche Projekte, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen versprechen. Im vorliegenden Zusammenhang ist jedoch von besonderer Bedeutung, daß über staatliche Forschungsförderung nicht mehr der Staat allein bestimmt, sondern Fachgutachter hinzugezogen werden und Forschungsmittel im Wettbewerb eingeworben werden müssen. Dies ist bei Grundlagenforschung, die durch die Staatliche Stiftung für Naturwissenschaften unterstützt wird, der Fall, aber auch bei Forschung, die der Staat direkt fördert. -st-

18 Neues Biotechnologisches Zentrum

Nahe Guangzhou, Hauptstadt der Provinz Guangdong, wurde kürzlich ein neues biotechnologisches Forschungszentrum gegründet, in dem genmodifizierte Medikamente und Produkte sowie transgenetische Pflanzen und Tiere entwickelt werden sollen. Sein Standort ist die kleine im Perlfluß gegenüber dem Stadtbezirk Haizhu gelegene Insel Guanzhou, die nur 1,8 qkm umfaßt. Die Insel ist für den vorgesehenen Zweck sehr gut geeignet, weil sie zum einen eine günstige Umweltlage weitab von den Industrieanlagen Guangzhous hat und zum anderen einige Universitäten in der Nähe liegen. Die Insel soll in den nächsten

zwei bis drei Jahren zu einer biotechnologischen Hightech-Zone ausgebaut werden, in der in- und ausländische gentechnologische Forschungsinstitute und Firmen zusammen arbeiten sollen. Dabei sollen Forschung, Entwicklung und Produktion integriert sein. Einige Guangzhouer Universitäten wollen ihre Forschungslabore auf die Insel verlegen, sobald die notwendige Infrastruktur fertig ist. Träger des Projekts ist die Biotechnologische Gesellschaft Guangzhou in Kooperation mit einer Hongkonger Firma, die Ende Dezember einen Vertrag mit der Regierung der Stadt Guangzhou geschlossen haben. Die Kosten für die Entwicklung des Forschungszentrums werden auf 10 Mrd. Yuan geschätzt. Das Kapital soll von in- und ausländischen Kapitalmärkten und durch Investitionen von außen kommen. Mehrere ausländische Forscherteams und Firmen sollen bereits Interesse gezeigt haben.

Guangzhou ist nach Beijing und Shanghai das drittgrößte Zentrum Chinas für Biotechnologie. Zahlreiche Universitäten und Forschungsinstitute setzen auf die Biotechnologie als zukunftssträchtige anwendungsorientierte Wissenschaft, weil man sich von dieser hohe wirtschaftliche Erträge verspricht. Auch Hongkong will die Biotechnologie besonders fördern. Auf dem Festland hat dieser Trend dazu geführt, daß die Biotechnologie-Industrie insgesamt ein relativ langsames Wachstum aufweist, weil sich die Ressourcen auf gut dreißig Universitäten und Forschungsinstitute verteilen. Man hofft, mit dem neuen Zentrum die Forschung besser zu integrieren und so zu einer schnelleren Umsetzung der Forschungsergebnisse zu kommen. (Vgl. XNA, 4. u. 29.12.99) -st-

19 Höhere Gehälter für Hochschullehrer

Chinas Hochschullehrer können künftig mit höheren Gehältern rechnen. Bislang waren sie eher unterbezahlt, doch im Zuge der Qualitätsverbesserung der Hochschulbildung hat das Bildungsministerium jetzt zusätzliche Mittel bereitgestellt, die zu einem großen Teil für Gehaltserhöhungen der Professoren verwendet werden sol-

len. Zunächst stehen derartige Mittel nur für die großen prestigereichen Universitäten in Beijing und Shanghai zur Verfügung, andere Universitäten sollen ab dem Jahr 2000 folgen, doch müssen die Provinzregierungen die Mittel zur Verfügung stellen, da durch die Lokalisierung der Universitäten jetzt meist eine Mischfinanzierung durch Zentrale und Provinz erfolgt. Den Anfang machten die Beijing-Universität und die Qinghua-Universität, die in den kommenden drei Jahren jeweils 1,8 Mrd. Yuan an zusätzlichen Mitteln erhalten, damit sie ihren Hochschullehrern neben dem Grundgehalt noch Zulagen zahlen können. Diese Zulagen werden individuell nach Leistung gezahlt und können 300 bis 5.000 Yuan pro Monat betragen. Ein herausragender Professor an einer der beiden Universitäten kann pro Jahr auf ein Einkommen von maximal 70.000 Yuan kommen - das soll das Fünffache seines bisherigen Gehaltes sein -, einschließlich einer jährlichen Zulage von 50.000 Yuan. (Vgl. XNA, 25.11. u. 1.12.99; SCMP, 1.12.99) Für Shanghai stellen Bildungsministerium und Stadtregierung für die nächsten drei Jahre 1,2 Mrd. Yuan zur Verfügung. Davon sollen Gehaltserhöhungen für Lehrkräfte an der Fudan- und Jiaotong-Universität bezahlt werden. Die Jiaotong-Universität will ihren besten Professoren sogar Zulagen von bis zu 200.000 Yuan pro Jahr zahlen (ebd.).

Das Bildungsministerium hat angekündigt, daß die Gehälter der Hochschullehrer für alle neun Gehaltsstufen bis zum Jahr 2005 auf ein durchschnittliches Einkommensniveau steigen sollen. Ein großer Teil der Hochschullehrer wird dann über ein Jahreseinkommen von mindestens 50.000 Yuan verfügen (das Durchschnittseinkommen eines chinesischen Haushalts betrug 1999 einer Umfrage zufolge 11.200 Yuan). (XNA, 1.12.99) Alte Professoren, die sich ihr Leben lang nur der Lehre gewidmet haben (also nicht der Forschung, wie es erst in der Reformperiode wieder üblich geworden ist), sind von den finanziellen Vergünstigungen ausgenommen (SCMP, 1.12.99).

Mit den Gehaltserhöhungen sind für die Hochschullehrer allerdings auch weniger positive Umstände verbun-

den. Außer der leistungsbezogenen Zulage werden Hochschulpositionen in der Regel nur noch befristet vergeben. Zudem sollen unfähige Hochschullehrer oder solche mit unbefriedigenden Leistungen entlassen werden, und nicht zuletzt kommt auf die Hochschullehrer eine höhere Arbeitsbelastung zu. Wie von seiten des Bildungsministeriums verlautete, soll die Relation von Hochschullehrern zu Studenten mittel- bis langfristig 1 zu 14 erreichen. (Ebd.) Derzeit beträgt die Relation 1 zu 8, doch sollen die Hochschulen bereits ab 2000 deutlich mehr Studenten aufnehmen als bisher.

In den vergangenen Jahren hat sich die Regierung bemüht, die Lehrgehälter generell anzuheben, damit das Ansehen der Lehrer, das aufgrund der schlechten Bezahlung sehr niedrig war, wächst. Allerdings fallen die Gehaltserhöhungen je nach Region sehr unterschiedlich aus und keinesfalls so deutlich wie bei den Hochschullehrern. Daß diese jetzt in den Genuß so großer finanzieller Vergünstigungen kommen, hat vor allem den Grund, den Braindrain aufzuhalten und gute Wissenschaftler an den Universitäten zu halten. Aufgrund der niedrigen Bezahlung verläßt ein großer Teil der Hochschullehrer die Universitäten und Hochschulen, um entweder ins Ausland oder in die Wirtschaft zu gehen. Von der Physik-Abteilung der Beijing-Universität beispielsweise, der besten in ganz China, geht pro Jahr ein Drittel der besten Absolventen ins Ausland. Ein promovierter Dozent erhält dort nur ein Monatsgehalt von knapp 520 Yuan, das ist weniger als ein durchschnittliches Monatseinkommen von Angestellten und Arbeitern der Stadt Beijing. (Vgl. dazu GMRB, 15.12.99, S.5)

Da die Hochschulen heute zunehmend in Wettbewerb zueinander treten, sind sie darauf angewiesen, gute Professoren zu halten und gute neue Wissenschaftler anzuziehen. Deshalb werden jetzt alle möglichen Wege erdacht, um Anreize und Vergünstigungen zu schaffen, mit denen die Hochschullehrer zum Bleiben veranlaßt oder angeworben werden sollen. Dazu zählen neben Gehaltszulagen z.B. auch Gewinnbeteiligungen an den Erträgen aus umgesetzten Forschungsergebnissen. Die Propagierung der staatlichen Strategie, daß „Wissenschaft und Bil-

dung das Land zur Blüte bringen sollen“, zeitigt ihre Wirkung insofern, als Wissen heute als wertvolles Gut „gehandelt“ wird. Wissen wird mehr und mehr als Motor für die sozioökonomische Entwicklung betrachtet, und entsprechend steigt heute das Selbstbewußtsein der Wissenschaftler und Techniker, die zu einer umworbener Schicht mit vielen beruflichen Möglichkeiten werden, insbesondere wenn sie Leistungen in anwendungsbezogener Forschung aufzuweisen haben. -st-

20 Anstieg der Volksbildung in den neunziger Jahren

In den neunziger Jahren ist das Niveau der Volksbildung in China nach Einschätzung des Bildungsministeriums deutlich angestiegen. Ein Sprecher des Ministeriums machte folgende Angaben, um diese Aussage zu belegen:

- Die Einschulungsrate schulpflichtiger Kinder hat sich deutlich erhöht: Während 1990 erst 97% der Kinder eingeschult wurden, waren es 1999: 98,9%. Die Übergangsrate von der Grundschule auf die untere Mittelschule hat sich in diesem Zeitraum von 71,4% auf 87,3% erhöht. Der Unterschied zwischen Provinzen mit der höchsten und der niedrigsten Einschulungsrate ist von 50 Prozentpunkten auf 18 Prozentpunkte gesunken. Der Abstand hinsichtlich der Einschulungsrate von Jungen und Mädchen wurde von 1,28 auf 0,14 Prozentpunkte reduziert. Der Abstand zwischen den Einschulungsraten in Minderheitsgebieten und denen im Landesdurchschnitt hat sich von 3,7 auf 0,7 Prozentpunkte verringert.
- Die Analphabetenrate unter Jugendlichen konnte durch Alphabetisierungskurse und technische Unterweisung bei Erwachsenen ebenfalls reduziert werden. Pro Jahr wurden in den neunziger Jahren 4 Millionen junge Leute alphabetisiert, so daß die Analphabetenrate unter jüngeren Menschen von 10,4% 1990 auf 5,5% 1999 gesenkt werden konnte. Insgesamt nahmen in diesem Jahrzehnt etwa 256 Millionen Erwachsene an Bil-

dungskursen und Kursen für technische Unterweisung teil.

- Auch die Früherziehung hat sich ausgeweitet und sich damit positiv auf die Einschulungsrate ausgewirkt. Der Anteil der Kinder im Alter von 3-5 Jahren, der einen Kindergarten besucht, ist von 28% 1990 auf 45% 1999 angestiegen, und der Anteil der Kinder, die bei der Einschulung in die erste Grundschulklasse bereits ein Vorschuljahr absolviert haben, ist auf 94,8% angewachsen. (GMRB, 11.12.99)

Damit scheinen die beiden wichtigsten Aufgaben im Bildungswesen, die die Regierung bis zum Ende des 20. Jahrhunderts verwirklicht haben wollte, zu einem großen Teil realisiert zu sein. Tatsächlich aber ist die Situation nicht so positiv, wie sie nach diesen Zahlen aussieht. Zum einen ist die Einschulungsrate kein hinreichendes Kriterium für die Ausweitung der neunjährigen Schulpflicht, weil die in den weniger entwickelten Gebieten teilweise hohe Schulabbrecherquote nicht berücksichtigt ist. Über diese gibt es keine verlässlichen Angaben. Entsprechend besitzt auch die angegebene Übergangsrate zur unteren Mittelschule wenig Aussagekraft, weil sie nicht auf Kohortenbasis, sondern anhand der Zahlen von Kindern, die die Grundschule tatsächlich absolviert haben, errechnet wurde.

Auch die Angaben über die Fortschritte bei der Alphabetisierung müssen als problematisch gewertet werden. Zum einen hat sich das Tempo in den beiden vergangenen Jahren deutlich verringert, so daß die Planvorgabe für das Jahr 1999 offiziell auf 3 Millionen gesenkt werden mußte. Zum anderen ist fraglich, wie stabil die Alphabetisierungserfolge einzuschätzen sind, und schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Altersgruppen, die zu den „jüngeren Menschen“ zählen, unterschiedlich definiert werden. Je nachdem, ob man die Altersgruppen zwischen 15 und 45 oder zwischen 15 und 50 zugrunde legt, fällt der Anteil der neu Alphabetisierten unterschiedlich aus.

Angeichts der Größenordnung der beiden Bildungsaufgaben war es der Regierung von vornherein klar, daß sie die Aufgaben nicht vollständig bis zum Ende des Jahrhunderts würde be-

wältigen können. Deshalb hat sie sich immer vage ausgedrückt und als Ziel gesetzt, daß die beiden Aufgaben bis zur Jahrhundertwende „im wesentlichen“ realisiert sein sollten. Insofern bleiben beide Aufgaben auch im nächsten Jahrhundert auf der Tagesordnung. -st-

21 Auslandsschüler neuer Trend

Der chinesische Begriff *liuxue* für Auslandsstudenten bezog sich bislang in der Regel auf Studenten, Postgraduierte und Wissenschaftler, die im Ausland studieren. Neuerdings fallen unter diesen Begriff auch Schüler, denn in jüngster Zeit nimmt die Zahl der Grund- und Mittelschüler, die eine Schule im Ausland besuchen, stetig zu, so daß man bereits von einem Trend sprechen kann. Insbesondere in den wirtschaftlich entwickelten Gebieten wie Guangzhou und anderen Städten im Perlfußdelta, so ein Bericht der *Guangming-Zeitung* vom 8.12.99, ist dieser Trend deutlich zu beobachten. Dort sollen selbstzahlende Auslandschüler bereits 50% aller selbstzahlenden „Auslandsstudenten“ ausmachen. Einer Umfrage in Shenzhen zufolge würden dort 86% der Grund- und Mittelschüler gern eine Schule im Ausland besuchen.

Von Pädagogen wird dieser neue Trend auf folgende Gründe zurückgeführt:

1. Das Angebot an guten Schulen ist zu gering. Der Unterschied zwischen Schwerpunktschulen und allgemeinen Schulen ist relativ groß, es gibt nicht genügend gute weiterführende Schulen, so daß die Nachfrage von Schülern und Eltern nicht befriedigt werden kann.

2. Die Mängel im Bildungssystem veranlassen viele Eltern, ihre Kinder auf Schulen im Ausland zu schicken. Bemängelt wird vor allem, daß die Kinder von Beginn an einem scharfen Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind, um eine weiterführende Schule zu besuchen. Dadurch würden ihre Interessen und kreativen Kräfte unterdrückt, und sie erlernten nicht die Fähigkeit, ihr Leben zu meistern. In den entwickelten Ländern hingegen würde Eigeninitiative ausgebildet, und die Kinder könnten ihre Interessen pfe-

gen und ihre kreativen Kräfte entfalten. In China beschirmten die Eltern die Kinder, die Abhängigkeit sei ziemlich groß, im Ausland würden die Kinder zu Selbständigkeit erzogen. Selbst wenn sie die Aufnahmeprüfung zur Universität nicht bestünden und nach China zurückkehrten, könnten sie dann wenigstens ihr Leben selbst in die Hand nehmen und ihren Lebensweg bestimmen.

Andere Pädagogen hegen jedoch auch Bedenken gegen den neuen Trend, Schulkinder auf ausländische Schulen zu schicken. Letztlich sei es nicht entscheidend, ob das chinesische Schulsystem Nachteile habe. Chinas Bildung sei grundsolide, die Schulkontrolle sei streng, die Lehrinhalte seien systematisch, und man achte in China darauf, den Schülern gute Lebens- und Lerngewohnheiten beizubringen. Lediglich auf der Ebene des Postgraduiertenstudiums gebe es gewisse Defizite. Auf der Grund- und Mittelschule bilde sich die selbständige Persönlichkeit heraus, dies sei eine entscheidende Entwicklungsphase für einen jungen Menschen, und in dieser Phase komme es sehr auf die Umgebung an. Für noch unreife Menschen sei es wichtig, von den Eltern behütet zu werden. Auch in den entwickelten Ländern werde der Erziehung durch die Familie große Bedeutung beigemessen. Deshalb sollten Eltern, die ihr Kind ins Ausland schicken wollen, besser warten, bis das Kind die Hochschule absolviert habe.

Kritisiert wird auch, daß vielfach nur das Neue fasziniere, daß aber die eigentlichen Probleme nicht genügend geprüft würden. Wenn Schulkinder ins Ausland geschickt würden, sei das in den meisten Fällen nur der Wunsch der Eltern. Leisten könnten es sich ohnehin nur wohlhabende Familien, das Kind ins Ausland zu schicken. Dabei würde meist nur an die Zukunft gedacht und nicht die aktuelle Situation des Kindes in Betracht gezogen. Viele Kinder seien überfordert, wenn sie in eine Umgebung kämen, in der Kinder von klein auf zur Selbständigkeit erzogen worden seien. (Vgl. ebd.)

Die Bedenken scheinen zu überwiegen, und auch das Bildungsministerium hat sich bereits eingeschaltet und klargestellt, daß es „nicht unterstützt, daß Grund- und Mittelschü-

ler vor Abschluß ihrer neunjährigen Schulpflicht eine Schule im Ausland besuchen“ und daß Organisationen, die für selbstzahlende Schüler Schulen im Ausland vermitteln, bestraft würden (ebd.). Schulbesuch im Ausland scheint für Schüler im Schulpflichtalter demnach nicht direkt verboten zu sein, doch versucht die Regierung das Phänomen indirekt zu unterbinden, indem sie die Organisationen, die Schulplätze im Ausland vermitteln, für illegal erklärt und bestraft. Der Grund dafür, daß die Regierung nur Postgraduierte und jüngere Wissenschaftler zum Studium ins Ausland schickt, liegt hauptsächlich darin, daß die jungen Leute nach offizieller Meinung erst ins Ausland gehen sollen, wenn sie in China eine solide moralisch-politische Bildung durchgemacht haben, d.h. moralisch gefestigt sind. Eine von westlichen Ideen und Lebensformen beeinflusste Intelligenz wäre dem Staat höchst unwillkommen. -st-

22 Bildungsfinanzierung: Diskussion um Ergänzungsabgabe

Angesichts der chronischen Unterfinanzierung des Schulwesens ist eine Diskussion um die Ergänzungsabgabe für das Bildungswesen entbrannt. Auf einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des NVK äußerte sich die stellvertretende Vorsitzende des NVK Peng Peiyun zu diesem Problem. Insbesondere im Pflichtschulbereich fehlt es an finanziellen Mitteln, was Peng als Hauptgrund für die ungenügende Verwirklichung der gesetzlich geforderten Schulpflicht bezeichnete. Nach ihren Aussagen beträgt der Anteil der von den Finanzbehörden aufgewendeten Mittel an den gesamten Ausgaben für den Pflichtschulbereich (also der Anteil der öffentlichen Mittel) nur 55%; in manchen Jahren liegt er sogar darunter. Der Staat hat die Einführung der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht zur wichtigsten Aufgabe in der Bildungsarbeit erklärt, doch die geringen öffentlichen Mittel stehen in krassem Widerspruch dazu.

Einen wesentlichen Grund für die unzureichenden öffentlichen Finanzmittel sieht die stellvertretende Vorsitzende zum einen in der nicht vernünftig geregelten Kostenbeteiligung bei der

Finanzierung der Pflichtschule, zum anderen darin, daß die Städte und Gemeinden seit langem nicht in der Lage sind, die Ergänzungsabgabe für das Bildungswesen in vollem Umfang einzuziehen. Im Jahre 1988 sollen die Städte nur rund 60% der Abgabe ein-kassiert haben. (GMRB, 25.12.99, S.2)

Nach Ansicht Peng Peiyuns gilt es in erster Linie diesen Mißstand zu bekämpfen. Als wirksames Mittel stellte sie den Vorschlag zur Diskussion, die Ergänzungsabgabe für das Bildungswesen in eine gesetzliche Steuer umzuwandeln. Denn da die Bildungsabgabe beim Eintreiben der „drei Steuern“ (Mehrwert-, Konsum- und Geschäftssteuer) „als Anhängsel“ mit erhoben wird, wird sie nicht so ernst genommen und nicht vorschriftsgemäß eingesammelt, häufig wird auch zu wenig eingesammelt. Die Steuereintreiber, heißt es, achteten nur auf die Steuern und nicht auf die Zusatzabgaben. Ungünstig ist auch, daß die Ergänzungsabgabe für das Bildungswesen nicht auf einer Ebene erhoben wird; die mit der Mehrwert- und Konsumsteuer erhobene Ergänzungsabgabe wird von den Steuerbehörden der Zentralregierung eingenommen, die in Zusammenhang mit der Geschäftssteuer eingesammelte Ergänzungsabgabe wird entsprechend dieser Steuer von den örtlichen Finanzämtern kassiert. Die Eintreibungsrate der Ergänzungsabgabe für das Bildungswesen betrug im Jahre 1998 auf dem Lande lediglich rund 50%, in manchen Kreisen sogar nur 20%. Da viele ländliche Gemeinden keine festen Finanzquellen haben, geht die Ergänzungsabgabe für das Bildungswesen in ihren Gesamthaushalt ein, d.h. sie wird nicht, wie vorgeschrieben, auf Gemeindeebene kassiert, auf Kreisebene verwaltet und ausschließlich für das Schulwesen reserviert.

Aufgrund all dieser Probleme wurde der Vorschlag gemacht, die Bildungsabgabe in eine selbständige Bildungssteuer umzuwandeln. Dann nämlich würde für die Pflichterziehung ein spezieller Fonds zur Verfügung stehen, der nicht zweckentfremdet werden dürfte und durch das Steuerrecht normiert würde. Dann hätte man eine gesetzliche Garantie, und das Geld würde auch einheitlich an einer Stelle kassiert, so wird argumentiert. Peng Peiyun forderte die zuständigen Orga-

ne auf, schnellstmöglich entsprechende Vorlagen zu erstellen, damit die Angelegenheit geprüft werden könne. Sollte eine kurzfristige Umwandlung in eine reguläre Steuer nicht möglich sein, so sollte nach Pengs Meinung zumindest das Einzugsystem der Erziehungsabgabe verbessert werden, und Betriebe, denen die Abgabe vom Staat erlassen wird, sollten diese in vollem Umfang zahlen. (Ebd.)

Ob die Umwandlung der Ergänzungsabgabe für das Bildungswesen in eine Bildungssteuer die Finanznot im Bildungswesen lindern kann, ist fraglich. Auch bei den regulären Steuern gibt es Probleme beim Eintreiben. Auch wäre die gesetzliche Handhabung kaum größer, denn schon jetzt ist in den einschlägigen Bildungsgesetzen die Zahlung der Ergänzungsabgabe obligatorisch. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die Ergänzungsabgabe in voller Höhe eingetrieben und die Kontrolle über die korrekte Verwendung der Mittel verstärkt würde. -st-

23 Konzentration im Pressewesen

Der Konzentrationsprozeß im Pressewesen, der seit 1995 im Gange ist (vgl. dazu C.a., 1998/6, Ü 16), schreitet weiter fort. Waren es bislang hauptsächlich die großen Tageszeitungen, die aus Wettbewerbsgründen Zeitungsgruppen gründeten, so werden jetzt die zahllosen kleineren Regierungszeitungen der Zentrale und der Provinzen überprüft und entweder aufgelöst oder mit anderen zusammengelegt. Grundlage dieser Politik ist ein ZK-Dokument vom Oktober 1999, in dem verfügt wird, daß alle Presseorgane, die von Ministerien und anderen Regierungsämtern publiziert werden, bis zum Jahresende mit Partei- oder Provinzorganen zusammengelegt oder aber geschlossen werden sollen (*Ping Kuo Jih Pao [Apple Daily]*, 13.10.99, nach SWB, 12.8.99).

Der Hintergrund dieser Verfügung ist folgender: In China wird ein Großteil der Zeitungen und Zeitschriften von staatlichen Behörden veröffentlicht. Diese Organe haben einen festen Abonnentenstamm, der aufgrund seiner Abhängigkeit oder Verbundenheit mit der Behörde die betr. Blätter abonniert. Die meisten dieser Abonne-

ments werden aus öffentlichen Geldern finanziert. Damit soll nun Schluß sein. Ministerpräsident Zhu Rongji hält es für unangebracht, daß Verwaltungsorgane aller Ebenen eigene Presseorgane veröffentlichen und diese praktisch durch verwaltungsmäßigen Zwang vertrieben werden. Daß die Abonnements mit öffentlichen Mitteln bezahlt werden, ist seiner Meinung nach eine Verschwendung. (Ebd.)

Die Schließung oder Zusammenlegung geschieht nach offiziellem Bekunden, um diesen Presseorganen die Chance zur Marktorientierung zu geben. Dies bedeutet, sie sollen nicht mehr öffentlich subventioniert, sondern kommerzialisiert werden. Dabei sollen sie mit Parteizeitungen der Zentrale oder der betr. Provinz zusammengehen. Falls eine Zusammenlegung nicht möglich ist, sollen die Blätter geschlossen werden. Da eine Zusammenlegung mit Parteizeitungen verfügt wird, spielt vermutlich noch ein anderer Grund eine Rolle: Die Partei will die Kontrolle über das gesamte Pressewesen behalten. Angesichts der Vielzahl von Presseorganen (gegenwärtig gibt es in China 2.160 Zeitungen, XNA, 27.11.99) wird eine umfassende Kontrolle immer schwieriger. Eine Konzentration durch Zusammenlegung kleinerer Blätter unter Beibehaltung der Parteizeitungen dürfte daher der Partei sehr entgegenkommen.

Letztlich geht es jedoch darum, unwirtschaftliche Zeitungen zu schließen. So hat die Staatliche Behörde für das Presse- und Publikationswesen im November 1999 verfügt, daß die Zahl der Zeitungen reduziert und bei Auflagen unter 30.000 die Blätter eingestellt werden sollen. Außerdem hat sie angekündigt, daß ab 1. Januar 2000 alle Zeitungen, die von zentralen Regierungsorganen betrieben werden, nicht mehr aus öffentlichen Mitteln subventioniert werden, sondern sich selbst tragen müssen. Zudem werden die Regierungsorgane aufgefordert, die ihnen untergeordneten örtlichen Stellen von der Pflicht zu entbinden, ihre jeweiligen Zeitungen abonnieren zu müssen. Die Presse- und Publikationsbehörde stellt es diesen Zeitungen frei, sich entweder der *Volkszeitung* oder einer der großen Zeitungsgruppen anzuschließen. (XNA, 27.11.99)

CHINA aktuell

Derzeit gibt es die folgenden sechs Zeitungsgruppen:

1. Guangzhou Daily-Gruppe
2. Nanfang Daily-Gruppe (Guangzhou)
3. Yangcheng Evening News-Gruppe (Guangzhou)
4. Guangming Daily-Gruppe (Beijing)
5. Economic Daily-Gruppe (Beijing)
6. Wenhui Xinmin United-Gruppe (Shanghai)

(Vgl. XNA, 29.9.99 u. 27.11.99) -st-

24 Zahl der HIV-Infizierten steigt

Anlässlich des Welt-AIDS-Tages am 1. Dezember haben Experten in China vor einem drastischen Anstieg von AIDS gewarnt und dafür plädiert, die Gefahren des Virus stärker ins Bewußtsein der chinesischen Öffentlichkeit zu bringen. China zählt zwar immer noch zu den weniger betroffenen Regionen, aber die Zahl der HIV-Infizierten steigt immer schneller an. Ende September 1999 waren in China nach Angaben des Gesundheitsministeriums 15.088 HIV-Träger gemeldet; 477 Fälle, bei denen die Krankheit ausgebrochen war, waren bekannt; von diesen sind 240 Todesfälle zu verzeichnen. Experten schätzen die Zahl der HIV-Träger jedoch weitaus höher ein, nämlich auf mindestens 400.000. (XNA, 2.12.99)

In China sind derzeit zum größten Teil Drogensüchtige anfällig für AIDS; sie machen 70% der HIV-Träger aus. Ungeschützter Verkehr soll bislang nur bei 7% der HIV-Fälle eine Rolle spielen. Doch wird damit gerechnet, daß im kommenden Jahrhundert die Übertragung durch Geschlechtsverkehr die Hauptursache für AIDS sein wird. Dies wird vor allem aufgrund der sich besonders seit den neunziger Jahren zunehmend verbreitenden Geschlechtskrankheiten vermutet. Allein zwischen Januar und September 1999 wurden 570.000 Geschlechtskranke registriert, etwa die Zahl für das gesamte Vorjahr. Es wird allerdings befürchtet, daß die wirkliche Zahl acht- bis zehnmal höher liegt. Doch nicht nur die Zunahme der Geschlechtskrankheiten wird als Indiz dafür gewertet,

daß Geschlechtsverkehr zur Hauptursache von AIDS werden könnte. Auch veränderte Gewohnheiten in bezug auf sexuelle Beziehungen werden zur Ausbreitung der Krankheit beitragen. (Vgl. XNA, SCMP, 2.12.99)

Angesichts der besorgniserregenden Prognosen fordern Experten die Regierung zum Handeln auf. Sie plädieren vor allem für eine bessere Aufklärung der Bevölkerung. Das Hauptproblem ist ihrer Meinung nach die Unwissenheit in der Öffentlichkeit, die meisten Menschen ahnten nichts von den Gefahren. Hier allerdings liegt es in China im argen, wie gerade ein jüngster Fall zeigt. Das Zentrale Fernsehen hatte Ende November eine Werbung für Kondome als Schutz vor dem HIV gesendet. Es war das erste Mal, daß eine derartige Werbung öffentlich ausgestrahlt wurde. Kurz darauf hat die Regierung diesen Werbespot jedoch verboten mit der Begründung, für Sexprodukte dürfe laut Werbegesetz nicht geworben werden (SCMP, 30.11. u. 2.12.99).

Mit dieser konservativen Haltung, daß über Geschlechtsverkehr nicht in der Öffentlichkeit gesprochen werden darf, ist dem AIDS-Problem nicht zu begegnen, denn unter diesen Umständen ist wirksame Aufklärung nicht möglich. Zu der Haltung der Regierung paßt auch, daß von offizieller Seite eher Randgruppen als Risikogruppen für AIDS angesehen werden, also Drogensüchtige, Prostituierte, Leute mit wechselnden Geschlechtspartnern, die Wanderbevölkerung und kommerzielle Blutspender. Entsprechend nehmen die Behörden von Zeit zu Zeit Aktionen gegen Prostituierte oder Drogenabhängige vor. Doch wenn es stimmt, daß sich die Geschlechtsbeziehungen zwischen jungen Menschen in China wandeln, d.h. vorehelicher und wechselnder Verkehr kein Tabu mehr ist, dann ist es mit dem Vorgehen gegen Randgruppen nicht mehr getan, dann muß öffentliche Aufklärungsarbeit in Schulen, Universitäten und Medien geleistet werden. Vereinzelt geschieht dies bereits, wie das Beispiel von Changchun, der Hauptstadt der Provinz Jilin, zeigt. Dort hat man einen Fünfjahresplan aufgestellt mit dem Ziel, AIDS innerhalb der nächsten fünf Jahre einzudämmen. Zu diesem Zweck sollen bis Ende 2001 spezielle Kurse an den Schulen aller Ebenen

eingeführt und intensive Aufklärung über AIDS betrieben werden (XNA, 2.12.99). -st-

Außenwirtschaft

25 Wirtschaftliche Erholung der asiatischen Nachbarländer stärkt Chinas Exportentwicklung

Chinas Außenhandelsentwicklung verlief ab der zweiten Jahreshälfte deutlich positiver, so daß in diesem Jahr ein Überschuß von rd. 30 Mrd. US\$ erzielt werden kann. Außenwirtschaftsminister Shi Guangsheng führt diese Entwicklung vor allem auf die Verbesserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere auf die Erholung der Wirtschaft in den asiatischen Nachbarländern zurück. Als weiteren Grund nannte Shi die Maßnahmen der Regierung zur Stimulierung der Ausfuhren. So hatte die Regierung sowohl Anfang 1999 als auch Mitte 1999 die Exportsteuerrückstattung erhöht. (China Central TV, Beijing, in Standard Chinese, 5.12.99, nach SWB, FE/D3711/CNS 7.12.99)

Nach Angaben der *China Daily* wurde die Steuerrückstattung für Exporteure im Juni um 3% angehoben. Insgesamt soll das Volumen der Steuerrückstattung um 6,6 Mrd. Yuan auf 63,6 Mrd. Yuan erhöht worden sein. (XNA, 9.12.99)

Die Ausweitung der Exporte basierte vor allem auf der Erhöhung der Ausfuhren von Maschinen und Elektroprodukten, deren Anteil bis Oktober auf rd. 40% anstieg. Zwischen Januar bis Oktober nahmen diese Ausfuhren um 15,3% zu. Auch die Exporte von Textilien sowie Bekleidung verbesserten sich in der zweiten Jahreshälfte. Während von Januar bis Juni 1999 die Exporte dieser Produktgruppen um 8,3% gegenüber der Vorjahresperiode zurückgegangen waren, erhöhten sie sich bis Ende Oktober und erreichten das Vorjahresniveau. (China Central TV, Beijing, in Standard Chinese, 5.12.99, nach SWB, FE/D3711/CNS 7.12.99)